



BESCHLUSSBUCH

Unterbezirksparteitag

SPD Mülheim

21. Oktober 2017

Beschlussübersicht

Beschluss

B1 Festlegung von zwei Delegierten der
Arbeitsgemeinschaft MuV zu den
Unterbezirksparteitagen

B2 Arbeitsgruppe „Neue Medien

B3 Transparenz der Delegiertenabstimmungen

B4 Azubiwohnheim

B5 Kinderbetreuung

B6 Zukunft der VHS

B7 Zukunft denken!

Antragsteller

Arbeitsgemeinschaft
Migration und Vielfalt

Arbeitsgemeinschaft
Migration und Vielfalt, OV
Winkhausen, OV Holthausen,
OV Speldorf

Jusos

Jusos

Jusos

AfB, Jusos

OV Broich, OV Eppinghofen,
OV Holthausen-Raadt-
Menden, OV Saarn-Selbeck-
Mintard, OV Speldorf, OV
Stadtmitte, OV Winkhausen,
Jusos, AG60Plus, AG
Migration und Vielfalt, UBV

Beschluss B1

Antrag: Festlegung von zwei Delegierten der Arbeitsgemeinschaft MuV zu den Unterbezirksparteitagen

- 1 Die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt erhält zukünftig zwei Delegiertenplätze für
- 2 die Unterbezirksparteitage.

Beschluss B2

Antrag: Arbeitsgruppe „Neue Medien

- 1 Der Unterbezirksparteitag wird aufgefordert eine Arbeitsgruppe einzurichten, in der SPD-
- 2 und Mülheim-Themen gezielt in den neuen Medien/sozialen Netzwerken (Facebook,
- 3 Twitter, Instagram usw.) platziert und verbreitet werden. Die Ortsvereine sollten durch die
- 4 Arbeitsgruppe bei ihrer Arbeit in den neuen Medien/sozialen Netzwerken unterstützt
- 5 werden. Die Arbeitsgruppe soll weiterhin sog. „Fake-News“ erkennen bzw. aufspüren und
- 6 Meldungen von politischen Mitbewerbern sowie von Rechtspopulisten/Rechtsextremisten
- 7 zeitnah und plakativ widerlegen.

Beschluss B3

Antrag: Transparenz der Delegiertenabstimmungen

- 1 Der UBV wird aufgefordert, ein geeignetes Verfahren zu entwickeln, welches dem Wunsch
- 2 nach Transparenz genüge tut, aber den bürokratischen Aufwand für die ehrenamtlichen
- 3 Delegierten in einem verträglichen Rahmen hält.

Beschluss B4

Antrag: Azubiwohnheim

Die SPD-Ratsfraktion prüft die Schaffung eines Azubiwohnheims in Mülheim nach Hamburger Vorbild ein. Konkret soll die Fraktion hierbei folgende Punkte beachten:

1. Die Gründung einer privaten Stiftung „Auszubildendenwerk“ befördern, mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende in Mülheim zu schaffen und die Auszubildenden mit ergänzenden Angeboten zu unterstützen.
2. Prüfen, wie die Schaffung eines ersten Auszubildendenwohnheimes in Trägerschaft der Stiftung „Auszubildendenwerk“ insbesondere dadurch unterstützt werden kann, dass ein geeignetes Grundstück seitens der Stadt oder eines städtischen Unternehmens bereitgestellt und als Zustiftung in das Vermögen der Stiftung übertragen wird.
3. Prüfen, wie ein einmaliger wirtschaftlicherer Beitrag zur Finanzierung des Starts der Stiftung realisiert werden kann. Dabei ist insbesondere zu klären, wie die städtischen Unternehmen, die selbst ausbilden, hierfür einen Beitrag leisten können. Auch die Wirtschaftsförderung soll hier explizit in die Pflicht genommen werden.
4. Gegenüber der Stiftung darauf hinwirken, dass für minderjährige Bewohnerinnen und Bewohner des Auszubildendenwohnheims ausreichend pädagogische Begleitangebote zur Verfügung stehen, um bei der Bewältigung von Problemen, die auf dem Weg in die Selbstständigkeit in einer Großstadt wie Mülheim an der Ruhr auftreten können, Unterstützung zu finden.
5. Kooperationen der Stiftung mit Jugendverbänden, Sportvereinen und anderen Institutionen befördern.

Beschluss B5

Antrag: Kinderbetreuung

- 1 Die SPD Mülheim an der Ruhr setzt sich für bessere Vereinbarkeit von Familie und Politik
- 2 ein. Konkret soll ein Angebot von Kinderbetreuung auf Parteiveranstaltungen ermöglicht
- 3 werden.

- 4 1. Prüfen, wie die Schaffung einer qualitativen Kinderbetreuung an Parteitagen oder
5 Sitzungen zu ermöglichen ist. Die Inanspruchnahme der Dienstleistung soll für die
6 Erziehungsberechtigten ein kostenloses Angebot sein.
- 7
- 8 2. Prüfen, welche Örtlichkeiten Sitzungen und Kinderbetreuung im selbigen Gebäude
9 ermöglichen.
- 10
- 11 3. Prüfen, wer die Kinderbetreuung übernehmen kann (Parteimitglieder aus dem
12 pädagogischen Bereich mit Führungszeugnis oder externe DienstleisterInnen).
- 13
- 14 4. Prüfen, wie die DienstleisterInnen fair entlohnt werden können.
- 15
- 16 5. Aufstellung eines Betreuungsformulars, mit dem Sie die Aufsichtspflicht zeitweise
17 übertragen. Eltern haften weiterhin für Ihre Kinder.

Beschluss B6

Antrag: Zukunft der VHS

- 1 Die SPD steht zu ihrer Volkshochschule an einem zentralen, innenstadtnahen Standort. Hierzu
2 favorisiert sie den heutigen Standort an der Bergstraße.
- 3 Sollte das Gebäude der Volkshochschule aufgrund zu hoher Sanierungskosten ggf. nicht zu
4 erhalten sein, ist zu prüfen, ob es möglich ist, am gleichen Standort ein neues, den heutigen
5 Ansprüchen genügendes Gebäude zu errichten.

Beschluss B7

Antrag: Zukunft denken!

1 Zukunft denken

2 Der neu zu wählende Unterbezirksvorstand wird eine große Herausforderung zu bewältigen
3 haben. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass Solidarität, Teamwork und
4 Vertrauen erarbeitet werden müssen.

5

6 Ehrenamtlichen müssen Freiräume für politische Diskussionen und Konzeptionen geschaffen
7 werden.

8 Zwischen Verantwortungsträgern des UBV, der Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften, der
9 Fraktion und den Mandatsträger in Kommune, Land, Bund und Europa ist ein regelmäßiger
10 Informationsaustausch zu gewährleisten.

11 Die Arbeit des Unterbezirksvorstandes muss transparent, nachvollziehbar und offen für
12 Anregungen und Ideen aus den Ortsvereinen sein. Die Protokolle der parteiöffentlichen Teile der
13 Sitzungen müssen daher unter Nennung der Anwesenheit zukünftig allen Ortsvereinen und
14 Arbeitsgemeinschaften zur Verfügung stehen.

15 Der UBV berichtet einmal im Kalenderjahr gegenüber dem Unterbezirksparteitag über seine
16 Arbeit.

17 Der Unterbezirksvorstand ist deshalb gefordert, bis zum Herbst 2018 insbesondere für
18 folgende anstehende Herausforderungen Arbeitsansätze und Strukturen zu erarbeiten:

19 • Wahlen 2019 (Europa) und 2020 (Kommunalwahl, Ruhrparlamentwahl,
20 Oberbürgermeisterwahl)

21 • Eine transparente und zukunftsorientierte Personalentwicklung für alle
22 relevanten Funktionen und Mandate unter Berücksichtigung möglichst hoher
23 Geschlechter- und Generationengerechtigkeit.

24 • Intensives und regelmäßig organisiertes Einbinden von Arbeitsgemeinschaften,
25 Ortsvereinen und Mandatsträgern.

26 • Optimierung der internen und externen Kommunikation durch ein Konzept mit
27 individueller Ansprache unterschiedlicher Gruppen, einem regelmäßigen
28 Veranstaltungsformat an lichtdurchfluteten und gut erreichbaren Orten, einer
29 Optimierung der elektronischen Kommunikation durch ein entsprechendes
30 einheitliches Auftreten in den sozialen Netzwerken und dem klassischen
31 Internet, aktiver Pressearbeit, die durch die Geschäftsstelle gefördert wird,
32 zeitnahe Aufarbeiten von Positionen zu Ratsvorlagen, einem Newsletter, der
33 Termine beinhaltet und Ansprechpartnern in den Stadtteilen und
34 Wahlkreisen.

- 35 • Festlegung des Umfangs der Kooperation mit politischen Mitstreitern,
36 bürgerchaftlichen Multiplikatoren und Organisationen.
- 37 Wir wollen: Einen Kulturwandel in unserer Partei!
- 38 Wir müssen: Zukunft denken!